

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 20

Artikel: "Demokratie und Unverschämtheit"
Autor: Simon, Istvan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077122>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Demokratie und Unverschämtheit»

Von Istvan Simon. (Aus «Del Magyarorszag», Szeged)

Der nicht zuletzt in seinem Tonfall interessante Artikel aus einer ungarischen Zeitung stellt aus gouvernementaler Sicht einen Beitrag zur Diskussion über Demokratie in Ungarn dar.

«Wir leben doch in einer Demokratie, oder?», bemerkte mir gegenüber ein unverschämter Kerl, dessen zungendrehende Haltung ich nicht länger ertragen konnte. Er hatte in aller Öffentlichkeit das Regime und seine Politik bis zu dem Punkte kritisiert, wo er nicht nur meine politische Ueberzeugung und Selbstachtung beleidigte, sondern auch die Wahrheit. «Falls ich mich nicht irre, leben wir doch in einer Demokratie?», fragte er erneut mit der gleichen Unverschämtheit, anscheinend in der Hoffnung, mich damit mundtot zu machen. Und die ändern, die dort sassen (wahrscheinlich in einer Versammlung, bei welcher der Autor dieses Berichts Referent war; Anm.), schauten prüfend auf mich. An ihren Blicken konnte ich erkennen, was sie dachten: «Nun ja . . . wird sind in einer Demokratie . . . jedermann hat das Recht, seine Meinung zu äussern. Jedenfalls ist die Zeit vorbei, da einer einen ändern einfach niederbrüllen kann.» Sie sahen in mir eine Art von politischen «Polizisten», einen sturen Dogmatiker, nur deshalb, weil mich eine solche Interpretation von Demokratie nicht beeindrucken konnte.

Das alles ist in letzter Zeit zu einer häufigen Taktik geworden. Wenn jemand beabsichtigt, uns zu treten oder zu verhöhnen, braucht er gleich die Demokratie als Schild. Denn auch wir schreiben und sprechen über die Entwicklung der öffentlichen Demokratie. Wir glauben, dass die Leute ermutigt werden sollen, ihre ehrliche Meinung zu äussern. Wir glauben, dass wir eine Atmosphäre schaffen sollen, welche es den Leuten nicht verwehrt, ihre Gedanken offen auszudrücken. Aber dabei denken wir an die etlichen Millionen wahrhaftiger Demokraten und nicht an die paar verlogenen Feinde. Wir leben nicht in der Illusion irgendeiner Art von abstrakter Demokratie. Und diese unsere Art von Demokratie bedeutet nicht nur, dass wir Millionen von Leuten ermutigen, über Politik zu reden, zu denken, zu kritisieren, vorzuschlagen, erfreut oder besorgt zu sein, sondern sie bedeutet auch, dass wir jene zum Schweigen bringen werden, die sich über die Anstrengungen unseres Volkes, über unseren Glauben und unsere Ziele lustig machen wollen, die unsere Schwierigkeiten als Waffe gegen uns verwenden wollen.

Gewiss, es wäre richtig, wenn sich überall eine Hand finden würde, ein offen oder versteckt freches Maul zu stopfen. Nur verfangen auch wir uns hie und da in das Netz der ausweichenden Frage: «Das hier ist doch eine Demokratie, oder?» Gelegentlich werden wir wütend, oder wir verschlucken unsern Aerger, oder wir gehen darüber hinweg, oder wir beklagen uns. Sogar unter Kommunisten entdecke ich eine gewisse Unsicherheit: «Vielleicht sind wir mit der Demokratie zu grosszügig gewesen, oder wir haben sie falsch verteilt, denn so kommt es heraus, was diese Leute sich herausnehmen, diese politische Unverschämtheit.» Indessen ist nicht das die Frage. Es wäre eine völlig ungerechte und antisoziali-

stische Aktion, die Demokratie für die Gemeinschaft des Sozialismus zu vermindern, nur weil einige dreckmülige politische Intriganten auf clevere Propaganda machen. Wir sollten in diesen Leuten die öffentlichen Feinde der Demokratie erkennen, und unsere einzig mögliche Haltung ihnen gegenüber sollte es sein, sie im Interesse und zum Schutz der sozialistischen Demokratie zum Schweigen zu bringen. Das ist das Recht und die Pflicht der Millionen von Leuten und der Gemeinschaften gegenüber jenen, welche sich den Gesetzen nicht unterordnen können oder wollen.

Aber lasst uns die Frage umkehren: «Wir haben in unserm Lande eine sozialistische Demokratie, oder? Und diese Gesellschaft kann Desorganisation, Destruktion und politische Beschimpfung nicht dulden. Das wäre sowohl mit den Gesetzen als auch mit unseren Zielen unvereinbar. Selbst die künstlich geschaffene Beeindruckung, die Furcht, dass politische Gangster uns für schlechte Demokraten ansehen könnten, vermag uns nicht davon abzuhalten, die sozialistische Demokratie überall und unter allen Umständen zu schützen. Unsere Demokratie bedeutet nicht, dass es jedermann frei steht, sich sogar einer unverschämten Sprache zu bedienen. Zwar würde deswegen der Sozialismus nicht zusammenbrechen, und der landesweite Respekt vor dem Sozialismus würde nicht verringert, aber die Achtung vor der sozialistischen Demokratie und ihr Prestige würde leiden. Auch so werden sie noch immer Nägel unter unsere Füße streuen und unsere Selbstachtung beleidigen. Aber es sind ihrer nicht viele. Es sind Hinterhaltsschützen, die herausfinden wollen, ob sie ein Publikum bekommen können, ob sie aus

ihrem persönlichen Geheul einen Chor bilden können. Hie und da kriegen sie ihre Chance, dank der Intoxikationswirkung eines tüchtigen Trunkes. Indessen sollten wir auf sie aufpassen: im Restaurant, im Tram, auf dem Fussballplatz. Wir müssen gleich den ersten ihrer vergifteten Pfeile auf sie zurückschiessen.

Häufig habe ich beobachtet, dass sie sich nach einer entschlossenen Warnung zurückkrümeln wie Würmer. Aber lässt man sie erst zweimal oder dreimal machen, dann fangen sie sogar mit offener Anstiftung an. Milde ermutigt sie nur, aber ein festes Auftreten zwingt sie zu Entschuldigungen und Erklärungen. Das trifft sogar auf die «schlaun Kunden» zu, die ihre Ideen geschickt verkaufen und subversive Propaganda auf «intelligente» Art machen. Ein scharfes Messer schneidet ebenso tief in das Fleisch der Öffentlichkeit wie ein schartiges, vielleicht noch tiefer. Wenn wir bedenken, dass nur die Dummen unter den Feinden des Sozialismus ihre Angriffe direkt lancieren, kommen wir zum Schluss, dass man um so mehr aufpassen muss. Nicht nur die Methoden der antisozialistischen Westpropaganda haben sich in den letzten Jahren verfeinert, sondern auch die Methoden der Agenten im Inland.

Ich spreche nicht zufällig über dieses Thema. Sobald die Imperialisten irgendwo in der Welt eine unverschämte Aktion starten, dann wird, so haben wir festgestellt, auch das Ungeziefer zu Hause unruhig. Sie nützen die Schätzungen und seltsamen Erfindungen der Piratensender aus, um die gesunde öffentliche Meinung zu beunruhigen und die Bildung einer einheitlichen nationalen öffentlichen Meinung zu erschweren. Und selbst wenn wir dieser kleinen Minderheit bedeuten mögen, dass sie von uns aus ihre verstockte Denkart behalten können, lassen es Substanz und Charakter unserer sozialistischen Demokratie nicht zu, dass man ihnen gestattet, ihre Ansichten mit der Gemeinschaft oder mit der Öffentlichkeit zu teilen.

Denn, um die erste Frage zu beantworten: Wir haben hier eine sozialistische Demokratie. Es wäre nützlich, wenn sie sich darüber informieren würden. ■

DDR verschärft «Staatschutz»-Normen

Demnächst wird die Volkskammer in Ost-Berlin eine Reihe umfangreicher Gesetzeswerke verabschieden, unter denen ein neues Strafgesetzbuch das wichtigste Vorhaben darstellt. Wie einer Mitteilung der beim Staatsrat der DDR gebildeten Gesetzgebungskommission zu entnehmen ist, scheint die juristische Fachdiskussion der geplanten Gesetzeswerke weitgehend abgeschlossen zu sein. Das Wort haben, jedenfalls der Form nach, nunmehr die 434 Abgeordneten des Parlamentes.

Der neue Strafkodex, mit dessen Inkrafttreten das bislang auch in der DDR noch grossteils gültige einheitliche deutsche Strafgesetzbuch von 1871 aufgehoben wird, ist in jahrelanger Arbeit entworfen worden. In seinem «Allgemeinen Teil» formuliert es die «Grundsätze des sozialistischen Strafrechts» sowie das «Wesen der Straftaten» und umreisst Besonderheiten im Jugendstrafrecht. Der «Besondere Teil» enthält — unterteilt in neun Kapitel — nahezu dreihundert Paragrafen, in denen die einzelnen Verbrechenbestände definiert sind.

Kernstück der Strafbestimmungen sind Normen zum Schutz des kommunistischen Systems und des herrschenden Regimes. Eine Reihe von Tatbeständen werden im ersten Kapitel als «Verbrechen gegen Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, den Frieden und die Menschenrechte» völlig neu in das Strafrecht eingefügt — zum Beispiel «Vorbereitung oder Durchführung von Aggressionsakten» oder «Kriegshetze und Propaganda». Die eigentlich politischen Strafnormen sind im zweiten Kapitel, «Verbrechen gegen die Deutsche Demokratische Republik», niederlegt. Seine Bestimmungen sind vor allem unter zwei Gesichtspunkten zu beurteilen: Erstens werden sie gegenüber den bisher gültigen Regelungen eine erhebliche Strafverschärfung bewirken — und zweitens wird eine beträchtliche Anzahl neuer politischer Strafbestände geschaffen.

Als schwerster und gefährlichster Angriff auf die Grundlagen und den Bestand des Regimes gilt der «Hochverrat». Seinem Inhalt nach entspricht

Fortsetzung auf Seite 11